

Eines der wichtigsten Themen bei der kommenden Bundestagswahl:

SCHLUSS MIT DER „NUKLEAREN TEILHABE“ – ATOMWAFFEN RAUS AUS DEUTSCHLAND!

Am 16. Juli 1945 haben die USA die erste Atomwaffe getestet – und schon wenig später, am 6. und am 9. August, die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki mit den Atombomben zwei und drei zerstört. Hunderttausende starben sofort, Tausende später. Seither lebt die Menschheit im Schatten der Atomkriegsdrohung...

8. JULI 1996:

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag erstattet auf Anforderung der UN-Generalversammlung ein völkerrechtliches Gutachten zur Atomwaffenfrage. Er stellt darin fest, „dass die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen grundsätzlich („generally“) gegen diejenigen Regeln des Völkerrechts verstoßen würden, die für bewaffnete Konflikte gelten, insbesondere gegen die Prinzipien und Regeln des humanitären Kriegsvölkerrechts.“

7. JULI 2017:

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen beschließt gegen massiven Widerstand der Atomwaffenstaaten mit 122 Ja-Stimmen einen Vertrag über das vollständige Verbot aller Atomwaffen. Inzwischen haben 84 Staaten den Vertrag unterzeichnet.

25. OKTOBER 2020:

Die Vereinten Nationen geben bekannt, dass mit Honduras der 50ste souveräne Staat den Atomwaffenverbotsvertrag ratifiziert hat – 90 Tage später, also am 22. Januar 2021, kann er somit als völkerrechtlich verbindlich in Kraft treten.

Und Deutschland?

Die Bundesregierung hat sich bisher mit fadenscheinigen Gründen geweigert, diesen Vertrag zu unterzeichnen. Als Vorwand diente meist die „nukleare Teilhabe“ innerhalb der NATO, derzufolge US-Atombomben in Deutschland lagern und deutsche Piloten auch deren Einsatz üben. Schon diese „Teilhabe“ stand im Verdacht, völkerrechtswidrig zu sein. Dies dürfte nach Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages im Januar 2021 erst recht gelten!

In Artikel 25 des Grundgesetzes heißt es eindeutig: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts. Sie gehen den Gesetzen vor...“

Wir fordern die deutschen Parlamentarier auf, sich daran zu halten und den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland durchzusetzen.

Bei der Bundestagswahl 2021 sind nur diejenigen wählbar, die sich dieser Forderung anschließen!

Diesen Aufruf bitte weitergeben!

V.i.S.d.P.: Dr. Till Bastian, Am Friedhag 7, 88316 Isny